

Uri Avnery

Wütend auf Deutschland!

In Berlin fand am 3.-5.11.2006 eine Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum „Dialog für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten“ statt.

An dieser Konferenz nahm auch der Mentor der israelischen Friedensbewegung, Uri Avnery, teil. Er erläutert im folgenden Interview seine Einschätzung der Lage im Libanon, im Iran, in Israel und Palästina, sowie die Rolle von Hisbollah und Hamas. Er formuliert eine beißende Kritik an der Bundesregierung, an Europa und den USA (1)

Frage: Alle zu dieser Konferenz eingeladenen palästinensischen Referenten sind nicht erschienen. Woran liegt das?

Antwort: Das hat drei Gründe: ein Teil ist von den Israelis nicht herausgelassen worden, ein anderer ist von der deutschen Regierung nicht rein gelassen worden, und ein dritter kam nicht aufgrund der innerpalästinensischen Spannungen und der Versuche, dort eine Einheitsregierung zu bilden.

In Israel selbst ist die innenpolitische Lage durch die Aufnahme von Lieberman in die Regierung sehr schwierig geworden. Wie wird sich die Lage dadurch verändern? Wird es eine Zunahme der Spannungen geben? Wird es einen neuen Krieg geben? Oder wird Israel sogar einen Angriff auf den Iran unternehmen?

Drei verschiedene Sachen.

Die Aufnahme von **Lieberman** hat heute keine außenpolitischen Folgen. Es hat innenpolitische und moralische Folgen, denn die Tatsache, dass in dieser Regierung der Kadima und Arbeitspartei jetzt ein ausgesprochener Rassist, nicht zu sagen: Faschist sitzt, das ist ein riesiger Schritt hin auf eine **Rechtsradikalisierung Israels**. Das ist für jeden beängstigend, der um die israelische Demokratie bangt. Es handelt sich hier um eine Partei, die mit beinahe 10% der Stimmen keine Randpartei ist, die ausgesprochen rassistisch ist, für eine ethnische Säuberung eintritt und von diktatorischen Bestrebungen nicht weit entfernt ist. Das ist etwas, worum wir Israelis uns kümmern müssen.

Ein weiterer **Krieg im Libanon** ist absolut möglich und – in einem halben Jahr bis zu einem Jahr – sogar wahrscheinlich. Denn dieser Krieg, den wir jetzt gehabt haben, dieser vollkommen überflüssige, dumme Krieg, den Olmert geführt hat, hat zu einer Diskreditierung des gesamten israelischen Systems geführt, auch zu einer Diskreditierung der Armeeführung, und darum liegt es immer nahe, dass die Regierung und das Militär sich danach sehnen, diesen Fleck auszumerzen in der

Hoffnung, dass man in einem neuen Krieg, auf den man sich besser vorbereitet, siegen könnte. Das ist eine Gefahr, die besteht.

In einem neuen Krieg werden die Ergebnisse genauso sein wie in diesem Krieg, weil er auf einer **total falschen Einschätzung der Hisbollah** beruht. Hisbollah ist keine Kraft, die von außen in den Libanon gekommen ist, sie ist weit mehr als eine Gruppe von Iran oder Syrien, Hisbollah ist eine authentische libanesische Bewegung, sie repräsentiert die schiitische Gemeinde, die beinahe die Hälfte der libanesischen Bevölkerung ausmacht. Sie hat bewiesen, dass sie kämpfen kann, und die Idee, dass man sie mit militärischen Mitteln besiegen kann, ist Unsinn.

Das Problem **Irans** ist weitgehender, auch viel gefährlicher. Iran ist im Begriff, sich mit Atomwaffen auszurüsten, man kann darüber diskutieren, wie viele Jahre es dauern wird, aber es ist scheinbar unabwendbar. Die Idee, dass Israel es mit militärischen Mitteln verhindern kann, ist unrealistisch, gelinde gesagt. Es ist äußerst fraglich, ob die USA es verhindern können, das wird von militärischen Fachleuten bestritten. Man muss sich darauf gefasst machen, in einer neuen Welt zu leben, in der der Iran Atomwaffen hat, und es ist die Frage, was dann passiert. Der iranische Präsident hat ziemlich verrückte Erklärungen von sich gegeben, klar antisemitische Äußerungen, blöde Äußerungen, die den Holocaust verleugnen, und solche Sachen. Obwohl man solche Äußerungen ernst nehmen muss, besonders nach den Erfahrungen mit Hitlers „Mein Kampf“ – wir können nicht mehr sagen, wir nehmen nicht ernst, was ein solcher Demagoge von sich gibt, man muss es ernst nehmen – so besagt es glaube ich sehr wenig über die wirkliche Führung des Irans aus. Der Präsident ist nur ein Beamter der wirklichen Führung, die wirkliche Führung ist die geistige Führung des schiitischen Islams und vom ersten Tag an bis heute hat diese Führung sich äußerst rationell und vorsichtig verhalten, sie hat nie einen Krieg angezettelt, im Gegenteil, sie behauptet, dass Iran

überhaupt in den letzten 2000 Jahren keinen einzigen Krieg angezettelt hat. Ich würde eher annehmen, dass ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen Israel und Iran entstehen wird, wie seinerzeit zwischen den USA und der SU. Ein unangenehmer Zustand, ein gefährlicher Zustand, aber nicht das Ende der Welt.

Der Konflikt im Nahen Osten dauert nun schon 120 Jahre oder 5 Generationen. Gibt es denn für die nächsten 30 bis 50 Jahre überhaupt eine Perspektive, dass dieser Konflikt lösbar ist? Einige wie Meretz fordern die Aufnahme von Israel und Palästina in die EU, andere fordern, dass sich Israel in die arabische Welt integriert, die LINKE fordert eine neue Nahostkonferenz. Wie sehen Sie das, mit dem weiten Zeithorizont Ihrer Lebenserfahrung?

Ich bin 83 Jahre alt und bin fest entschlossen, den Frieden noch zu erleben, also kann es keine 40 Jahre mehr dauern. Es wird früher geschehen. Ich glaube, der Frieden wird zustande gekommen, die kleinen taktischen Fragen sind nicht sehr wichtig. **Wichtig ist, dass beide Völker zu der Überzeugung kommen, dass der Friede für sie gut ist**, dass ihre Sicherheit, ihre Zukunft, nur in einem Frieden gewährleistet werden kann. Und trotz der schlimmen Sachen, die täglich passieren, glaube ich, dass dieser **unterirdische geistige Prozess** in vollem Gange ist. Sogar dieser unglückselige Krieg gegen den Libanon hat ein sehr positives Resultat, es hat nämlich die Überzeugung erschüttert, dass man alles mit militärischen Mitteln erreichen kann, dass das israelische Militär unbesiegbar ist, und dass es nur an uns liegt, wollen wir dies oder das Problem mit unserer Armee lösen. Das ist heute nicht mehr so sicher. Das Vertrauen in die Macht der israelischen Armee ist erschüttert. Das Image der Armeechefs als Superman ist nicht mehr da. Sogar die israelischen Medien, die bisher immer sehr konformistisch waren, wagen es heute, die Weisheit und Kompetenz der Armeeführung zu bezweifeln. Und das ist ein Teil dieser Entwicklung, dass wir

langsam zu der Überzeugung kommen - wir Israelis als Volk -, dass militärische Macht begrenzt ist und dass man unsere Probleme nicht mit militärischen Mitteln lösen kann. Das ist eine sehr wichtige Entwicklung auf dem Weg zum Frieden.

Welche Rolle spielt Europa auf dem Weg zum Frieden und was ist die Rolle Deutschlands

Ich bin wütend auf Deutschland, weil Deutschland eine Reihe von Sachen gemacht hat, die einen eigentlich nicht nur wütend machen kann, sondern Zweifel an der Politik Deutschlands aufkommen lassen.

Als wir zum Beispiel während des Libanon-Krieges täglich in Tel Aviv gegen diesen Krieg demonstriert haben, wo tausende auf die Straße gegangen sind um gegen diesen Krieg zu demonstrieren, der noch im vollen Gange war, hat Deutschland beschlossen, etwas gegen die Beendigung des Krieges zu tun und **gegen einen Waffenstillstand** zu stimmen. Gerade für Deutschland ist das beinahe unglaublich, das ist eine Militarisierung des Denkens der Bundesrepublik, dass die Bundesrepublik gegen einen Waffenstillstand irgendwo auf der Welt überhaupt stimmen kann.

Dann der Beschluss, als das palästinensische Volk eine Regierung gewählt hat, die Deutschland nicht gefallen hat, die Europa nicht gefallen hat, die vor allem den USA nicht gefallen hat: **Deutschland hat Sanktionen gegen Palästina verhängt**, praktisch eine Blockade verhängt. Eine Blockade ist ein Kriegsakt, und ich würde sagen, Deutschland ist in diesem Augenblick im Krieg mit Palästina. Die Idee, dass man ein Volk aushungern darf, um es dazu zu bringen, seine Regierung abzusetzen und eine Quisling-Regierung einzusetzen, die von den USA und Israel ernannt wird, ist ein ungeheuerliche Idee, besonders wenn es von Deutschland kommt.

Darüber bin ich wütend.

Wenn Sie mich fragen, was Deutschland tun sollte, würde ich sagen: das Gegenteil. **Deutschland – und Europa überhaupt – sollten einen Dialog mit der Hamas aufnehmen.** Hamas ist eine Tatsache, ein Teil der Realität, man kann sie nicht wegdenken, sie verliert nicht an Kraft aufgrund der Blockade, im Gegenteil, sie wächst aufgrund der Blockade. Wenn die Palästinenser wütend sind, wählen sie die Hamas noch mal oder sie wählen jemanden, der noch extremer ist. Hamas ist nicht die extremste Bewegung in Palästina, es gibt Gruppen, die bei

weitem extremer sind wie z.B. der islamische Jihad und andere Kreise. Hamas ist ansprechbar. Meine Freunde und ich haben den Dialog aufgenommen am Tag nach der Wahl. Leider sind alle unsere Gesprächspartner verhaftet worden, die sitzen im Gefängnis, aber man kann absolut mit den Leuten sprechen, sie sind weder verrückt noch fanatisch. Sie haben eine gewisse Auffassung, durch die islamische Theologie bedingt, das macht es schwerer, mit ihnen zu paktieren als z.B. mit der PLO seinerzeit. Ich habe schon vor vielen Jahren gesagt: wer nicht bereit ist, mit Arafat zu verhandeln, der wird Hamas bekommen, und ich würde heute hinzufügen: **Wer heute nicht bereit ist, mit Hamas zu verhandeln, wird den Jihad bekommen** usw. Hamas versucht, ihre Theologie zu umgehen, indem sie alle möglichen taktischen Vorschläge macht, um praktisch Israel anzuerkennen und praktisch mit Israel zu verhandeln und praktisch mit Israel zu einem Friedensvertrag zu kommen, obwohl die Semantik eine neue Semantik ist. Darauf muss man sich einfach einstellen.

Das erste ist, man muss versuchen, die Leute zu verstehen, was ist ihre geistige Welt, was ist ihre Terminologie, was können sie tun, was können sie nicht tun. Dafür braucht man einen Dialog. Man kann den Dialog nicht umgehen, wenn man sich verständigen will, man muss der anderen Seite zuhören.

Europa unter deutscher Führung (EU-Präsidentschaft) sollte das Tabu gegenüber der Hauptströmung der palästinensischen Bewegung aufheben, einen vernünftigen Dialog entfalten, direkt oder indirekt, auf Regierungsebene oder einer anderen Ebene. Diese Konferenz wäre ja eine wunderbare Gelegenheit zur Aussprache gewesen. Der deutsche Beschluss, Hamas hier nicht zuzulassen, ist ein skandalöses Benehmen der Regierung der Bundesrepublik. Es ist auch blöde, denn hier gab es die Gelegenheit, auf Nichtregierungsebene einen Dialog zu starten, sie dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen und eine klare Position zu beziehen. Das zu verhindern, nützt weder Deutschland noch Israel.

Man fragt sich, warum das so gekommen ist. Kann es sein, dass Deutschland und Israel ein gemeinsames Problem haben: die Abhängigkeit von den USA? Dass es nur dann möglich ist, zu neuen Lösungen zu kommen, wenn Deutschland sich aus der Unterwürfigkeit unter die USA befreit und sich Israel aus der Abhängigkeit von den USA löst und sich endlich auf die Nachbarn und die Region konzentriert?

Deutschland hat mehr als ein Problem gegenüber Israel. Eins ist **die Abhängigkeit von den USA**. Das hat mir mal ein sehr führender deutscher Politiker gesagt: Im Nahen Osten können wir nichts tun, es hängt alles von der USA ab und wir sind machtlos.

Aber Deutschland hat natürlich **ein psychologisches Problem mit Israel** wegen der Erinnerung an den Holocaust. Man kann es sich nicht wegdenken. Ich würde mir auch gar nicht wünschen, es wegzudenken. Es ist ja gut, dass Deutschland sich an den Holocaust erinnert und daraus moralische Konsequenzen zieht. Aber die Konsequenz kann doch nicht sein, dass man wegen der Erinnerung an den Holocaust eine unmoralische Politik gegenüber der Palästinensern macht. Weil man vor zwei Generationen ein schreckliches Unheil angerichtet hat, kann man doch jetzt nicht ein neues Unheil anrichten. Das ist nicht moralisch, **das ist unmoralisch**. Ich lehne es überhaupt ab, dass man – wenn man für Israel ist – gegen die Palästinenser sein muss. Oder vice versa: wenn man den Palästinensern helfen will, dass man dann gegen Israel sein muss.

Man kann für Israel und für Palästina sein, indem man die wahren Patrioten auf beiden Seiten, die den Frieden wollen, unterstützt. Das sollte Deutschland, das sollte Europa unter deutscher Führung tun.

Gab es auch vor dem Libanon-Krieg Protestaktionen, als Israel in den Gaza einmarschiert ist?

Die Situation in **Gaza** war nicht so klar wie im Libanon, im Gaza ging der Krieg, diese schreckliche Besatzung, die ganze Zeit vor sich, darum war die Reaktion weniger dramatisch. Wir haben jetzt, gerade heute Abend, eine monatelange Aktion eingeleitet gegen die Blockade im Gaza. Heute haben wir eine riesige Demonstration, eine Trauerkundgebung zum Tod von Isaak Rabin, da werden 100000 Menschen da sein, und unsere Bewegung, Gush Shalom, verteilt einen Aufkleber „Man redet mit dem Feind – wir müssen mit Hamas sprechen“, das machen wir einen Monat lang, um die Aufmerksamkeit auf Gaza zu richten. Gaza ist heute im israelischen Bewusstsein schon so zu Routine geworden, als ob es regnet oder irgendein anderes Naturereignis wäre. Dort kommen jeden Tag 5 bis 10 Palästinenser um, und es wird darüber überhaupt nicht berichtet. Unsere Aufgabe ist es, die Aufmerksamkeit der israelischen Öffentlichkeit darauf zu richten und zu betonen, dass dort täglich schreckliche Dinge von unseren Leuten, in unserem Namen, an-

gestellt werden. Das ist eine Anschlussaktion auf unseren Protest gegen den Libanon-Krieg, auf die wir sehr stolz sind. Denn das hat ein Ausmaß erreicht, die uns angenehm überrascht hat. Natürlich ist es immer sehr schwer, während eines Krieges, in dem unsere Soldaten eingesetzt werden, gegen den Krieg zu protestieren. Vor Kriegsende haben wir 10000 Menschen im Zentrum von Tel Aviv zusammen gebracht, obwohl einige Bewegungen wie „Peace Now“ den Krieg unterstützt haben.

Jetzt geht es um Gaza, da kann und sollte Europa eine Rolle spielen. Diese Idee, dass es keine Lösung gibt, eine Idee, die um sich greift, „Es gibt eben Probleme, die man nicht lösen kann“ – das ist furchtbar bequem, man braucht ja nichts zu tun für Frieden, man braucht keinen Preis zu zahlen dafür, es ist eine gottgegebene Situation. Dieser Idee müssen wir ein Ende setzen. **Es gibt eine Lösung**, es gab immer eine Lösung, es gibt jetzt eine Lösung. Die Lösung an sich ist vollkommen klar, wie sie aussehen wird, nach all den 100 Plänen, die bisher ausgearbeitet

wurden, die ähneln sich alle sehr, sind zu 90% identisch (2). Die Frage ist, ob man einen Preis zahlen will, ob man ernsthaft verhandeln will. Der Sieg der Hamas dient Israel und den USA und damit auch Europa als Ausrede, um zu sagen: mit den Leuten kann man nicht verhandeln, und sie verhandeln nicht.

Aber, wer ein gutes Gedächtnis hat, weiß, dass genau dieselben Argumente, mit genau denselben Worten, benutzt worden sind, um sich Verhandlungen mit der PLO zu verweigern. Ich habe 1982 im belagerten Beirut die Fronten überquert und als erster Israeli mich mit Yassir Arafat getroffen. Auf dem Rückweg nach Israel hörte ich schon im Radio, dass 4 Minister forderten, mich wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. „Kontakt mit dem Feind während eines Krieges“. Aber wir wissen, was dabei herausgekommen ist: ein Vertrag mit der PLO und mit Yassir Arafat. Wir werden auch jetzt mit Hamas verhandeln, wie wir mit der PLO verhandelt haben und hoffentlich mit Hamas zu einer Lösung kommen, wie wir sie in Oslo erreicht haben. **Oslo** war al-

lerdings leider ein schlechter Vertrag, er ist sofort gebrochen worden von Israel, auch von der anderen Seite. Ich hoffe, wir lernen daraus, dass wir das nächste Mal zu einem vernünftigen Vertrag kommen werden. Dass wir dazu gezwungen werden durch die Gegebenheiten, ist mir vollkommen klar. Am Ende kommen wir immer wieder zu ein paar grundlegenden Wahrheiten zurück. In diesem kleinen Land gibt es zwei Völker. Diese beiden Völker sind da, sie werden nicht weggehen oder verschwinden. Darum müssen wir eine Lösung finden, die für beide Völker annehmbar ist

Danke, Uri Avnery. Hoffen wir, das wir „Jüngeren“ auch noch mit 83 Ihren Optimismus und Ihre Kampfkraft haben werden!

Wie unsere arabischen Freunde sagen „Inshallah“ – „Wenn Gott es will“

(1) Interview mit Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann

(2) 101 neue Thesen Wahrheit gegen Wahrheit Ein Gush Shalom-Dokument zum israelisch-palästinensischen Konflikt

(...)

100. Das neue Friedenslager muss einen Friedensplan formulieren, der auf den folgenden Prinzipien beruht:

- a) Die Besatzung muss aufhören. Ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat wird neben Israel errichtet.
- b) Die Grüne Linie wird die Grenze zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina sein. Begrenzter Landaustausch wird nur durch gegenseitiges Einvernehmen möglich sein, der durch freie Verhandlungen im Verhältnis von 1:1 erreicht wird.
- c) Alle israelischen Siedler werden aus dem Gebiet des Staates Palästina evakuiert, und die Siedlungen werden den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
- d) Die Grenze der beiden Staaten wird nach Übereinkunft durch gemeinsame Abkommen für Waren und Menschen offen sein.
- e) Jerusalem wird die Hauptstadt beider Staaten sein. West-Jerusalem wird die Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas sein. Der Staat Palästina wird die vollständige Souveränität über Ost-Jerusalem, einschließlich des Haram Al-Sharif (Tempelberg) haben. Der Staat Israel wird die volle Souveränität über West-Jerusalem haben, einschließlich der Klagemauer und dem jüdischen Viertel in der Altstadt. Die beiden Staaten werden ein Abkommen über die Einheit der Stadt auf Verwaltungsebene erreichen.
- f) Israel wird im Prinzip das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge als ein unveräußerliches Menschenrecht anerkennen und moralische Verantwortung für seinen Teil bei der Schaffung des Problems übernehmen. Ein Wahrheitsfindungs- und Versöhnungskomitee wird die historischen Fakten in objektiver Weise nachweisen. Die Lösung des Problems wird durch ein Abkommen erreicht, das sich nach gerechten, fairen und praktischen Erwägungen ausrichtet und auch Rückkehr auf das Gebiet des palästinensischen Staates, Rückkehr einer begrenzten und abgestimmten Zahl auf das Gebiet von Israel, Zahlungen von Kompensation und Ansiedlung in anderen Ländern einschließt.
- g) Die Wasserressourcen werden gemeinsam kontrolliert und durch ein Abkommen gleich und fair geteilt.
- h) Ein Sicherheitspakt zwischen den beiden Staaten wird die Sicherheit von beiden garantieren und die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von beiden berücksichtigen. Das Abkommen wird durch die internationale Gemeinschaft unterstützt und durch internationale Garantien bestätigt.
- i) Israel und Palästina werden mit anderen Staaten der Region zusammenarbeiten, um eine regionale Gemeinschaft nach dem Vorbild der Europäischen Union zu errichten.
- j) Die ganze Region wird von Massenvernichtungswaffen frei gemacht. (...)

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden>

Der Text erschien im Aphorisma Verlag Berlin (Reihe: kleine Texte)

Die folgende Analyse der politischen Lage im gesamten Mittleren Osten enthält für die Friedensbewegung in Deutschland eine besondere Aktualität angesichts der zunehmenden militärischen Kämpfe in Afghanistan und der traurigen Rolle, die die Bundeswehr dort als devoter Diener der US-Interessen spielt. Der Aufsatz wurde von Samir Amin im Juli 2006 erarbeitet, noch vor dem Angriff Israels gegen den Libanon. Der Abschnitt zum Libanon wurde später hinzugefügt und der gesamte Aufsatz in der Zeitschrift „Afrique Asie“ (9/2006) veröffentlicht. (Anm. d. Redaktion)

Samir Amin

Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen

Die Region des "Broader Middle East" (Palästina, Libanon, Syrien, Irak, Afghanistan, Iran) als Zentrum eines Konfliktes, in dem sich die führende Kraft des Imperialismus und die Völker der ganzen Welt gegenüber stehen

Die USA verfolgen den Plan, ihre militärische Kontrolle auf die ganze Welt auszudehnen. Sie werden dabei unterstützt von ihren untergeordneten Verbündeten in Europa und von Israel.

Aus vier Gründen wurde der „Mittlere Osten“ in dieser Perspektive als Region für den ersten Angriff ausgewählt:

- *Dort befinden sich die ergiebigsten Erdölvorkommen der Erde. Deren direkte Kontrolle durch die US-Armee gäbe Washington eine privilegierte Stellung, die seine Verbündeten – Europa und Japan – und seine möglichen Gegner (China) in eine für deren Energieversorgung unangenehme Situation der Abhängigkeit bringen würde.*
- *Diese Region befindet sich mitten in der alten Welt und diese Lage macht es leicht, eine dauerhafte militärische Bedrohung gegen China, Indien und Russland auszuüben.*
- *Diese Region ist zur Zeit geschwächt und verunsichert und erlaubt dem Angreifer - zumindest kurzfristig - einen leichten Sieg.*
- *die USA haben dort in Israel einen bedingungslosen Verbündeten, der über Atomwaffen verfügt.*

Den Ländern und Nationen an der Frontlinie (Afghanistan, Irak, Palästina, Libanon, Syrien, Iran) bringt dieser Angriff eine Situation der Zerstörung (die ersten vier) oder der akuten Bedrohung (Syrien, Iran).

Die Aggression gegen den Libanon

Der Angriff Israels gegen das libanesisches Volk, der am 11. Juli 2006 begann, ist Bestandteil des amerikanischen Planes für diese Region. Die Gefangennahme von zwei israelischen Soldaten auf libanesischem Boden und die berechtigte Forderung, diese gegen die von den Israelis auf libanesischem Territorium gekidnappten libanesischen Bürger auszutauschen, diente dafür nur als Vorwand. Die Durchführung dieses Plans wurde durch die UNO-Resolution vorbereitet, die den Abzug der syrischen Armee aus dem Libanon und die „Entwaffnung“ der Hisbollah nach dem Mord an Rafic el Hariri forderte, eine Tat, die immer noch nicht aufgeklärt wurde. Die USA und Europa wiederholen ihre Forderung nach einer vollständigen Erfüllung dieser Resolution, hüten sich aber daran zu erinnern, dass die Maßnahmen zur Erfüllung der Resolution 242, welche die Räumung des seit 1967 besetzten Palästinas forderte, niemals in Angriff genommen wurden! Und sie vergessen natürlich auch die Forderung nach Rückgabe der Golanhöhen an Syrien! Das ist zu plump!

Der Plan der USA ist darauf ausgerichtet, die gesamte Region unter die militärische Kontrolle Washingtons zu bringen (verpackt als „Demokratie-Export“!) und dort eine durch die Plünderung der Ölfelder zu ihren Gunsten gestaltete neoliberale Ord-

nung zu errichten. Washington hat ebenfalls die zionistischen Phantasmen übernommen: das Auseinanderbrechen der Region in Mikrostaaten nach ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten und eine Art „Protektorat“ Israels über diese Staaten im Kielwasser der Vereinigten Staaten.

Die Durchführung dieses Planes ist schon weit fortgeschritten: Palästina, der Irak und Afghanistan sind besetzt und zerstört, Syrien und der Iran nach dem Libanon offen bedroht. Aber das Scheitern des Plans ist auch offensichtlich: Der Widerstand der Völker wird nicht schwächer, das libanesisches Volk verteidigt in vorbildlicher Einheit seine Kämpfer. Es enttäuscht so die Erwartungen Tel Avivs, Washingtons und die der Europäer. Mit einfachen Mitteln macht der libanesisches Widerstand den feindlichen Armeen schwer zu schaffen, die dank der von der amerikanischen Militärbasis Diego Garcia aus organisierten Luftbrücke hochgerüstet sind (daran kann man den Nutzen dieser Militärbasen für den globalen Plan Washingtons erkennen).

Afghanistan

Die beste Zeit in Afghanistans neuerer Geschichte war die Phase der sog. "kommunistischen" Republik. Ein Regime eines aufgeklärten modernistischen Despotismus, das den Zugang für Kinder beider Geschlechter zur Bildung weit öffnete, gegen

Aberglauben und Unwissenheit vor ging und daher im Inneren der Gesellschaft unterschiedene Unterstützung fand. Die von ihm durchgeführte „Agrarreform“ bestand im Wesentlichen aus einer Reihe von Maßnahmen, die die tyrannische Herrschaft der Stammesführer beschränken sollte. Die zumindest stillschweigende Unterstützung durch die Mehrheit der Bauern versprach den wahrscheinlichen Erfolg dieser Entwicklung, die gut in Gang gekommen war. Die Propaganda, die sowohl von den westlichen als auch von Medien des politischen Islam verbreitet wurde, hat diese Politik als „totalitären und atheistischen Kommunismus“ dargestellt, der vom afghanischen Volk abgelehnt würde. In Wirklichkeit war dieses Regime ebenso wie das von Atatürk zu seiner Zeit keineswegs „unpopulär“.

Die Tatsache, dass seine Initiatoren sich selbst in ihren beiden Hauptfraktionen (Khalq und Parcham) als Kommunisten bezeichneten, ist in keiner Weise überraschend. Das Vorbild des von den Nachbarvölkern im sowjetischen Zentralasien erreichten Fortschritts (trotz allem, was man sich zu diesem Thema erzählte und trotz der autokratischen Praktiken des Systems) – verglichen mit den permanenten sozialen Katastrophen in den vom britischen Imperialismus geführten Nachbarstaaten (Indien und Pakistan) – hatte hier und in vielen anderen Ländern der Region dazu geführt, dass die Patrioten das ganze Ausmaß ken-

nen lernten, mit dem der Imperialismus jeden Versuch einer Modernisierung behinderte. Die Aufforderung einzumarschieren, die einige Fraktionen an die Sowjets gerichtet hatten, um die anderen loszuwerden, hat sich sicherlich negativ ausgewirkt und die Möglichkeiten des Projektes zur Errichtung eines nationalen, populistischen und modernistischen Nationalstaates belastet.

Die Vereinigten Staaten insbesondere und ihre Verbündeten der Triade (= USA, Europa, Japan) im Allgemeinen waren immer hartnäckige Gegner der afghanischen Modernisierer, egal ob sie Kommunisten waren oder nicht. Sie waren es, die die fortschrittsfeindlichen Kräfte des politischen Islam pakistanischer Ausprägung (die Taliban) und die Warlords (die vom sog. „kommunistischen“ Regime erfolgreich kalt gestellten Stammesführer) mobilisiert, ausgebildet und bewaffnet haben. Sogar nach dem sowjetischen Rückzug hätte der Widerstand, zu dem die Regierung Najibullah sich fähig zeigte, wahrscheinlich gesiegt, wenn nicht Pakistan eingegriffen hätte, um zunächst die Taliban und dann noch die wieder erstarkten Warlords zu unterstützen, was das Chaos noch verschlimmerte.

Afghanistan wurde durch die Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten und Agenten, insbesondere der islamistischen, verwüstet. Afghanistan kann nicht unter dem Schirm ihrer Macht wieder aufgebaut werden, eine Macht, die nun - notdürftig maskiert - von einem Hanswurst ausgeübt wird, der keine Wurzeln im Land hat und vom transnationalen texanischen Konzern eingeflogen wurde, deren Angestellter er war. Die angebliche „Demokratie“, in deren Namen Washington, die NATO und die zur Hilfe gerufene UNO die Fortsetzung ihrer „Anwesenheit“ (in Wahrheit Besatzung) zu rechtfertigen behaupten, was von Anfang an eine Lüge war, ist zu einer einzigen Farce verkommen.

Es gibt nur eine Lösung für das afghanische „Problem“: Dass alle ausländischen Kräfte das Land verlassen und dass alle Mächte gezwungen werden, ihre „Verbündeten“ weder weiter zu finanzieren noch ihnen Waffen zu liefern. Jenen besorgten Seelen, die befürchten, dass das afghanische Volk dann die Diktatur der Taliban (oder die der Warlords) zulassen wird, antworte ich, dass die Anwesenheit der ausländischen Mächte bisher die beste Unterstützung dieser Diktatur war und bleiben wird! Und dass das afghanische Volk einen anderen Weg eingeschlagen hatte, – einen Weg, der den Keim zu einer bestmöglichen Entwicklung in sich trug - zu einer Zeit, als der „Westen“ gezwungen war, sich weniger um afghanische Angelegenheiten zu kümmern. Dem aufklärten Despotismus der „Kommunisten“ hat die zivilisierte westliche Welt immer den fortschrittsfeindlichen Despotismus vorgezogen, der für die eigenen Interessen erheblich weniger gefährlich war!

Der Irak

Die bewaffnete Diplomatie der Vereinigten Staaten hatte sich zum Ziel gesetzt, den Irak buchstäblich zu zerstören, lange bevor ihr dafür zweimal ein Vorwand geliefert wurde, einmal anlässlich der Invasion in Kuwait 1990 und dann nach dem 11. September, der zu diesem Zweck von Bush Junior mit bodenlosem Zynismus und mit Lügen à la Goebbels ausgenutzt wurde, und zwar nach der Formel: „wiederholt man eine Lüge 1000 Mal wird sie Wirklichkeit“.

Der Grund hierfür ist offensichtlich und hat nichts zu tun mit dem Gerede, das zur „Befreiung“ des irakischen Volkes von der (wirklich) blutigen Diktatur Saddam Husseins aufrief. Der Irak besitzt in seinem Boden einen großen Teil der besten Ölreserven unseres Planeten; aber obendrein hatte es der Irak geschafft, wissenschaftliche und technische Fachleute auszubilden, die durch ihre vereinten Fähigkeiten in der Lage waren, ein in sich geschlossenes nationales Projekt voran zu bringen. Diese „Gefahr“ musste durch einen „Präventivkrieg“ gebannt werden - die Vereinigten Staaten haben sich ja das Recht herausgenommen, jederzeit und an jedem Ort einen Präventivkrieg durchzuführen, ohne Achtung für das Internationale „Recht“.

Jenseits dieser offensichtlich banalen Feststellung bleibt allerdings eine ganze Reihe ernster Fragen zu untersuchen:

- Warum konnte der Plan Washingtons so leicht den Anschein eines überwältigenden Erfolgs annehmen?
-) Welches ist die durch ihn entstandene neue Lage, vor der die irakische Nation heute steht?
- Welche Antworten geben die verschiedenen Teile des irakischen Volks auf diese Herausforderung?
- Welche Lösungen können die demokratischen und fortschrittlichen irakischen, arabischen und internationalen Kräfte hervorbringen?

Die Niederlage Saddam Husseins war vorhersehbar. Gegenüber einem Feind, dessen hauptsächlichster Vorteil in der Fähigkeit besteht, durch straflose Bombardierungen Völkermord zu betreiben (der Einsatz von Atomwaffen bleibt abzuwarten), haben die Völker nur eine mögliche wirksame Antwort: ihren Widerstand im überfallenen Land zu entfalten.

Jedoch hatte sich das Regime von Saddam bemüht, alle seinem Volk verfügbare Verteidigungsmittel zu vernichten und zwar durch die systematische Zerstörung aller Organisationen, aller politischen Parteien (der kommunistische Partei an erster Stelle), die die Geschichte des modernen Irak geschrieben haben, einschließlich der Baath-Partei, selbst ein Hauptakteur in der modernen irakischen Geschichte.

Überraschend in diesem Zusammenhang ist nicht, dass das „irakische Volk“ sein Land ohne Kampf besetzen ließ.

Überraschend ist auch nicht, dass einige Verhaltensweisen (wie seine offensichtliche Beteiligung an den von der Besatzungsmacht organisierten Wahlen oder der Ausbruch der Bruderkriege, in dem Kurden, sunnitische Araber und schiitische Araber gegeneinander kämpften) darauf hinzuweisen scheinen, dass die mögliche Niederlage hingenommen wurde (worauf die Planungen Washingtons basierten).

Überraschend ist vielmehr, dass der Widerstand vor Ort jeden Tag zunimmt (trotz aller schwerwiegenden Schwächen, die diesen Widerstand kennzeichnen), dass er schon den Einsatz eines scheinbar „Ordnung“ stiftenden Lakaierregimes unmöglich gemacht hat, dass er in gewisser Weise schon das Scheitern des amerikanischen Planes bewiesen hat. Die internationale Anerkennung dieses Marionettenregimes durch die gezähmte UNO ändert nichts an der Realität: sie ist weder rechtmäßig noch akzeptabel.

Durch die ausländische Besatzung ist dennoch eine neue Situation entstanden. Die irakische Nation ist wirklich bedroht, weil der Plan der USA nur durch eine Zerschlagung des Landes weiter verfolgt werden kann. Denn die USA sind nicht in der Lage, ihre Kontrolle über das Land mittels einer Regierung mit „nationalem“ Anstrich aufrecht zu erhalten und seine Ölreserven zu plündern, was ja das Hauptziel war. Das Auseinanderbrechen des Landes in mindestens drei „Staaten“ (Kurdisch, Arabisch-sunnitisch und Arabisch-schiitisch) war vielleicht von Anfang an das Ziel der sich mit Israel auf einer Linie befindenden USA (die Archive werden es später enthüllen). Wie dem auch sei, Washington spielt die Karte des „Bürgerkriegs“, um seine Besatzung zu rechtfertigen. Denn die dauernde Besatzung war und bleibt das Ziel: Es ist das einzige Mittel für Washington, die Kontrolle über das Öl zu behalten.

Man kann den „Absichtserklärungen“ von Washington im Stil von „wir verlassen das Land, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist“, sicher keinerlei Glauben schenken. In diesem Zusammenhang erinnert man sich daran, dass die Briten ihre Besatzung Ägyptens von 1882 an niemals anders als „provisorisch“ bezeichnet haben (sie dauerte bis 1956!). In der Zwischenzeit zerstören die USA natürlich jeden Tag ein wenig mehr mit allen - auch kriminellsten - Mitteln das Land, seine Schulen, seine Fabriken, seine wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die Antwort, die das irakische Volk auf diese Herausforderung gibt, scheint - jedenfalls zur Zeit - nicht dem äußersten Ernst der

Situation zu entsprechen. Und das ist noch das Geringste, was man dazu sagen kann. Welches sind die Gründe dafür?

Die herrschenden westlichen Medien wiederholen bis zum Überdruß, dass der Irak ein „künstliches“ Land sei und dass die Unterdrückung der Schiiten und Kurden durch das „sunnitische“ Regime Saddams die Ursache des unvermeidlichen Bürgerkriegs sei, den die andauernde Besatzung vielleicht stoppen könne. Der „Widerstand“ sei demnach auf einige islamistische pro-Saddam-Zentren im sunnitischen „Dreieck“ begrenzt.

Wie kann man nur so viele Lügen aneinanderreihen.

Die britische Kolonialmacht hatte nach dem ersten Weltkrieg viel Mühe, den Widerstand des irakischen Volkes zu brechen. Um ihre Macht zu behaupten, haben die Briten in voller Übereinstimmung mit ihrer imperialen Tradition eine importierte Monarchie und eine Klasse von Großgrundbesitzern geschaffen. Sie gaben dem sunnitischen Islam eine privilegierte Stellung. Aber trotz ihrer systematischen Bemühungen sind die Briten gescheitert. Die Kommunistische Partei und die Baath-Partei bildeten die wichtigsten organisierten politischen Kräfte, die die „sunnitische“ Monarchie davonjagten, die von allen gehasst war, von Sunniten, Schiiten und Kurden.

Der heftige Zusammenstoß dieser beiden Kräfte, hauptsächlich ausgetragen zwischen 1958 und 1963, endete mit dem Sieg der Baath-Partei, was damals von den westlichen Mächten mit Erleichterung begrüßt wurde. Das kommunistische Projekt jedoch trug in sich den Keim einer möglichen demokratischen Entwicklung, das Projekt der Baath-Partei hingegen überhaupt nicht. Die Baath-Partei, panarabisch, nationalistisch und prinzipiell eine Einheitspartei, bewunderte das preußische Modell der deutschen Reichsgründung, rekrutierte ihre Mitglieder im modernistischen verweltlichten Kleinbürgertum und zeigte sich feindlich gegenüber fortschrittsfeindlichen Formen der Religion. Als die Baath-Partei an der Macht war, entwickelte sie sich, wie vorauszusehen, in eine Diktatur, deren Staatsraison nur halbherzig antiimperialistisch war, halbherzig in dem Sinn, dass - entsprechend den jeweiligen Entwicklungen und Umständen - die beiden Partner (die Baath-Regierung im Irak und der in der Region herrschende amerikanische Imperialismus) einen Kompromiss aushandeln konnten. Dieser „Deal“ hat die Entwicklung des Führers zum Größenwahn gefördert, der sich einbildete, Washington würde es akzeptieren, ihn zu seinem Hauptverbündeten in der Region zu machen.

Die Unterstützung Bagdads durch Washington (samt Lieferung chemischer Waffen) im absurden und kriminellen Krieg gegen den Iran von 1980 bis 1989 schien diesem Kalkül Glaubwürdigkeit zu verleihen. Saddam

konnte sich nicht vorstellen, dass Washington falsch spielte, dass die Modernisierung des Irak für den Imperialismus unannehmbar war und dass die Entscheidung, das Land zu zerstören, bereits gefallen war. Nachdem er in die Falle getappt war (Saddam war grünes Licht gegeben worden für die Annexion Kuwaits – eigentlich eine irakische Provinz, die die britischen Imperialisten abgetrennt hatten, um daraus eine ihrer Erdölkolonien zu machen), wurde der Irak zehn Jahre lang Sanktionen unterworfen, die das Land ausbluten sollten, um die glorreiche Eroberung leerer Räume durch die amerikanische Armee zu erleichtern.

Man kann den aufeinander folgenden Regierungen des Baath alles vorwerfen, auch derjenigen, die während der letzten Phase seines Niedergangs im Amt war und unter Saddams „Leitung“ stand, nur nicht, den konfessionellen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten geschürt zu haben.

Wer also ist verantwortlich für die blutigen Zusammenstöße, die heute zwischen den beiden Gemeinschaften stattfinden? Eines Tages wird man sicher erfahren, wie die CIA (und zweifellos auch der Mossad) viele dieser Massaker organisiert haben.

Aber es ist auch wahr, dass die politische Wüste, die Saddam geschaffen hat, und das Beispiel seiner opportunistischen, prinzipienlosen Methoden andere dazu gebracht hat, sie nachzuahmen. Kandidaten jeglicher Couleur fühlten sich „ermuntert“, den Weg zur politischen Macht einzuschlagen, oft vom Besatzer dabei protegiert, manchmal auch vielleicht so naiv zu glauben, sie könnten „sich seiner bedienen“. Die Kandidaten, um die es hier geht, seien es nun „religiöse“ Chefs (Schiiten oder Sunniten), angebliche „Prominenz“ (aus der Nähe der Stämme) oder bekanntermaßen korrupte „Geschäftsleute“, die aus den USA eingeflogen wurden, waren niemals wirklich im Land politisch verankert; selbst diejenigen unter den religiösen Chefs, die von den Gläubigen geachtet waren, verfügten über keinen politischen Einfluss, der dem irakischen Volk annehmbar erschien. Ohne die von Saddam geschaffene Leere hätte man nie von ihnen reden gehört.

Haben angesichts dieser vom neoliberalen globalisierten Imperialismus fabrizierten neuen „politischen Welt“ andere politische Kräfte, die wirklich volksnah und national, eventuell auch demokratisch sind, die Möglichkeit sich neu zu bilden?

Es gab eine Zeit, in der die kommunistische Partei des Irak den Kristallisationspunkt für die besten Kräfte bildete, die die irakische Gesellschaft hervorbringen konnte. Die kommunistische Partei war in allen Regionen des Landes verankert und beherrschte die Welt der oft schiitischen Intellektuellen (ich meine, dass aus der schiitischen Glau-

bensgemeinschaft hauptsächlich Revolutionäre und religiöse Führer hervorgehen, selten Bürokraten oder mit dem ausländischen Kapital verbundene Bourgeois). Die kommunistische Partei war wirklich volksnah und anti-imperialistisch, der Demagogie abgeneigt und potentiell demokratisch. Soll sie nun endgültig aus der Geschichte verschwinden, nach dem Massaker an Tausenden seiner besten Mitglieder durch die Baath-Diktaturen, nach dem Zusammenbruch der Sowjet-Union (auf den sie nicht vorbereitet war) und angesichts des Verhaltens derjenigen ihrer Intellektuellen, die es für akzeptabel hielten, auf den Lastwagen der US-Armee aus dem Exil zurückzukehren? Das ist leider nicht unmöglich, aber auch nicht „unausweichlich“, bei weitem nicht!

Die „kurdische“ Frage ist ein wirkliches Problem, im Irak wie im Iran und in der Türkei. Aber auch bei diesem Thema muss man daran erinnern, dass die westlichen Mächte diese Frage höchst zynisch immer mit zweierlei Maß angegangen sind. Die Unterdrückung kurdischer Forderungen hat niemals, weder im Irak noch im Iran, den Grad permanenter polizeilicher, militärischer, politischer und moralischer Gewalt erreicht wie sie von Ankara praktiziert wird. Weder der Iran noch der Irak sind jemals so weit gegangen, die Existenz der Kurden zu leugnen. Dennoch hat man der Türkei alles verziehen. Sie ist ja auch ein Mitgliedsland der NATO – die ja, wie die Medien betonen, eine Vereinigung demokratischer Nationen ist, deren Gründungsmitglied unter anderen der hervorragende Demokrat Salazar war, wie auch die nicht weniger bedingungslosen Anhänger der Demokratie, die griechischen Obristen und die türkischen Generäle!

Die Volksfrontbewegungen, die um die kommunistische Partei und auch um die Baath-Partei herum in den besten Momenten ihrer bewegten Geschichte entstanden waren, haben immer, wenn sie Regierungsverantwortung ausübten, eine Verständigungsbasis mit den wichtigsten kurdischen Parteien gefunden, die übrigens immer ihre Verbündeten waren.

Die „anti-schiitischen“ und „antikurdischen“ Aktionen des Saddam-Regimes gab es sicherlich: Die Bombardierungen der Basra – Region durch die Armee Saddams nach seiner Niederlage in Kuwait 1990, der Giftgaseinsatz gegen die Kurden. Diese Aktionen fanden statt als „Antwort“ auf die Machenschaften der bewaffneten Diplomatie Washingtons, die Geister geweckt hatte, die es eilig hatten, die Gelegenheit auszunutzen. Nichtsdestoweniger bleiben es dumme, ja kriminelle, Entscheidungen, wobei der Erfolg der Appelle Washingtons sehr begrenzt war. Aber kann man von Diktatoren vom Schlage Saddams anderes erwarten?

Der machtvolle Widerstand gegen die ausländische Besatzung, „unerwartet“ unter diesen Bedingungen, scheint ein „Wunder“ zu sein. Das ist jedoch nicht der Fall, denn die ganz elementare Wahrheit ist, dass das irakische Volk in seiner Gesamtheit (arabisch und kurdisch, sunnitisch und schiitisch) die Besatzer hasst und von ihren täglichen Verbrechen weiß (Morde, Bombardierungen, Massaker, Folterungen).

Man müsste sich nun vorstellen, dass sich eine Einheitsfront des Nationalen Widerstands gründet (man kann sie nennen wie man will), die Namen, die Liste der teilnehmenden Organisationen und Parteien sowie deren gemeinsames Programm bekannt gibt. Bis heute hat das nicht stattgefunden, vor allem aus all den Gründen, die sich aus der durch die Diktatur Saddams und der Besatzer hervorgerufenen Zerstörung des sozialen und politischen Geflechts ableiten. Aber was auch immer die Gründe für diese Schwäche sein mögen, sie stellt nichtsdestoweniger ein ernsthaftes Hindernis dar, das die Machenschaften zur Spaltung erleichtert, das die Opportunisten fördert bis aus ihnen Kollaborateure werden und das Verwirrung über die Ziele der Befreiung stiftet.

Wer wird es schaffen, diese Probleme zu überwinden? Die Kommunisten wären die Richtigen, um dies zu schaffen. Ihre - vor Ort befindlichen - Aktivisten setzen sich bereits deutlich von den Aktivisten der „Führung“ ab (und nur diese sind den Medien bekannt!), die nicht mehr ein noch aus wissen und deswegen versuchen, ihrer Kollaboration mit der Regierung einen Anschein von Legitimität zu geben, indem sie behaupten, dadurch den bewaffneten Widerstand zu ergänzen!! Aber viele andere politischen Kräfte wären unter Umständen in der Lage, entscheidende Schritte hinsichtlich des Aufbaus dieser Front zu machen.

Dennoch hat der Widerstand des irakischen Volks trotz seiner „Schwächen“ den Plan Washingtons (politisch, wenn nicht auch militärisch) zum Scheitern gebracht. Das genau beunruhigt die atlantisch ausgerichteten Mitglieder der Europäischen Union, die treuen Verbündeten Washingtons. Die untergeordneten Verbündeten der Vereinigten Staaten fürchten heute deren Niederlage, denn diese würde die Fähigkeit der Völker des Südens verstärken, das globalisierte transnationale Kapital der imperialistischen Triade zu zwingen, die Interessen der Nationen und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu respektieren.

Der irakische Widerstand hat Vorschläge gemacht, die den Vereinigten Staaten ermöglichen könnten, sich aus diesem Wespennest zurückzuziehen. Er schlägt folgendes vor:

- Bildung einer Übergangsverwaltung, die mit der Unterstützung des Sicherheitsrates aufgebaut würde;
- sofortiger Stopp der Widerstandsaktionen sowie der militärischen und polizeilichen Einsätze durch der Besatzungsarmeen;
- Abzug aller ausländischen militärischen und zivilen Behörden innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten. Die Einzelheiten dieser Vorschläge wurden in der angesehenen arabischen Zeitschrift Al Mustaqbal Al Arabi in Beirut veröffentlicht (Januar-Nummer 2006).

Das totale Verschweigen dieser Nachricht durch die europäischen Medien ist in dieser Hinsicht ein Beweis für die Solidarität unter den imperialistischen Partnern. Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Europas haben die Pflicht, sich von dieser Politik der imperialistischen Triade zu distanzieren und die Vorschläge des irakischen Widerstands zu unterstützen. Das irakische Volk seinem Gegner allein gegenüberzutreten zu lassen ist keine annehmbare Option: Sie verstärkt die gefährliche Idee, dass vom Westen und seinen Völkern nichts zu erwarten sei und fördert damit die unannehmbaren, ja kriminellen Verirrungen bei den Aktionen gewisser Widerstandsbewegungen.

Je schneller die ausländischen Besatzungstruppen das Land verlassen, je stärker die Unterstützung des irakischen Volkes durch die demokratischen Kräfte in der Welt und in Europa, desto größer würde die Aussicht auf eine bessere Zukunft für dieses gemarterte Volk. Je länger die Besatzung dauert, desto düsterer werden die Zeiten nach ihrem unausweichlichen Ende.

Palästina

Das palästinensische Volk ist seit der Balfour-Erklärung aus der Zeit des ersten Weltkrieges Opfer einer Kolonialisierung durch eine fremde Besiedlung, die ihm das Schicksal der "Rothäute" vorbehält, ob man es nun zugibt oder so tut, als ob man es nicht wisse. Dieses Projekt wurde stets bedingungslos von der in der Region dominierenden imperialistischen Macht (früher Großbritannien, heute die Vereinigten Staaten) unterstützt, weil jener so entstandene und in dieser Region fremde Staat seinerseits nur ein bedingungsloser Verbündeter der ununterbrochenen Interventionen sein kann, die die Unterwerfung des arabischen Mittleren Ostens unter die Herrschaft des imperialistischen Kapitalismus erstrebt.

Für alle afrikanischen und asiatischen Völker ist dies ganz offenkundig. Daher führt die Hervorhebung und Verteidigung der Rechte des palästinensischen Volkes auf beiden Kontinenten ganz spontan zur Solidarisierung. In Europa hingegen spaltet die „Palästinafrage“ wegen der Verwirrung, die

durch die zionistische Ideologie ermutigt wird und die häufig auf ein positives Echo trifft.

In Verbindung mit dem amerikanischen Projekt des „Neuen Mittleren Ostens“ ("Broader Middle East") werden heute die Rechte des palästinensischen Volks mehr denn je mit Füßen getreten. Und das, obwohl die PLO die Abkommen von Oslo und Madrid und die durch Washington erstellte Roadmap akzeptiert hatte. Israel hingegen verweigerte ganz offen die Unterschrift und begann, einen noch ehrgeizigeren Expansionsplan umzusetzen. Die PLO wurde durch diese Tatsache deutlich geschwächt: es konnte ihr zu Recht vorgeworfen werden, dass sie naiv an die Aufrichtigkeit ihrer Gegner geglaubt hat. Die Unterstützung ihres islamistischen Gegners (Hamas) - zumindest in der Anfangszeit - durch die Besatzungsmacht und die zunehmende Korruption innerhalb der palästinensischen Verwaltung (über welche die "Geldgeber" - Weltbank, Europa und NGOs - schweigen, wenn sie diese nicht sogar fördern) mussten zu einem Wahlsieg der Hamas führen. Dies war vorhersehbar (und wahrscheinlich erwünscht) und diente als weiterer, sofort geltend gemachter Vorwand, um den bedingungslosen Schulterabschluss mit „jedweder“ Politik Israels zu rechtfertigen.

Das zionistische Kolonialprojekt war schon immer eine Bedrohung für Palästina und darüber hinaus für die benachbarten arabischen Völker. Sein Bestreben nach Annexion des ägyptischen Sinai, seine tatsächliche Annexion der syrischen Golanhöhen sind Beweise dafür. Im Projekt des "Broader Middle East" wird Israel mit seiner regionalen Monopolstellung in Sachen nukleare militärische Ausrüstung sowie in seiner Rolle als "unumgänglicher Partner" ein besonderer Platz eingeräumt, unter dem irreführenden Vorwand, dass Israel über "technologische Kompetenzen" verfüge, zu denen kein arabisches Volk fähig sei! (Ein Zeichen des spontanen Rassismus der imperialistischen Ideologen!).

Wir beabsichtigen hier nicht, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen dem Widerstandskampf gegen die zionistische koloniale Expansion und den Konflikten und politischen Optionen im Libanon und in Syrien zu analysieren. Das Baath-Regime in Syrien hat sich auf seine Weise gegen die Forderungen der imperialistischen Mächte und Israels zur Wehr gesetzt. Dass dieser Widerstand gleichfalls dazu gedient hat, eher anfechtbare Zielsetzungen zu rechtfertigen (Kontrolle über den Libanon), ist sicherlich nicht zu bestreiten. Syrien hat im Übrigen seine "Verbündeten" gewissenhaft unter den "weniger gefährlichen" im Libanon ausgesucht. Man weiß, dass der Widerstand gegen die israelischen Einfälle im Süden Libanons (ebenso gegen die Umleitung von Wasserläufen) von der libanesischen kommunistischen Partei aufgebaut wurde. Die

syrischen, libanesischen und iranischen Mächte haben eng zusammen gearbeitet, um diese "gefährliche Basis" zu zerstören und durch die Hisbollah zu ersetzen. Die Ermordung von Rafik al-Hariri - die bei weitem noch nicht aufgeklärt ist - gab den imperialistischen Mächten (den Vereinigten Staaten an erster Stelle, gefolgt von Frankreich) offensichtlich die Gelegenheit zu einer Intervention, die zwei Ziele verfolgte: einmal Damaskus dazu zu bringen, sich in die Gruppe der arabischen Vasallen-Staaten einzuordnen (Ägypten, Saudi-Arabien) - oder andernfalls zumindest die Spuren des degenerierten Baath-Regimes zu beseitigen -, zum andern den Rest des Widerstandspotentials gegen israelische Einfälle zu zerschlagen (durch die Forderung nach "Entwaffnung" der Hisbollah). Die Rhetorik bezüglich "Demokratie" kann in diesem Rahmen, falls nützlich, eingesetzt werden. Heute ist es die absolute Pflicht für alle Demokraten der Welt, die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu verteidigen. Palästina steht im Zentrum der Hauptkonflikte unserer Epoche. Den israelischen Plan, die totale Zerstörung Palästinas und seines Volkes zu akzeptieren, würde bedeuten, den Völkern ihr allererstes Recht abzutreten: das Recht auf Existenz. Diejenigen, die sich gegen die Umsetzung dieses israelischen Projekts stellen, wegen "Antisemitismus" anzuklagen, ist absolut inakzeptabel.

Iran

Wir beabsichtigen auch nicht, hier die Analysen auszubreiten, die die „islamische Revolution“ erforderlich macht. War sie, wie sie es selbst verkündet und wie sie häufig sowohl im Lager des politischen Islams als auch von den „ausländischen Beobachtern“ gesehen wird, die Ankündigung und der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die sich auf kurz oder lang in der ganzen Region, sogar in der gesamten „muslimischen Welt“ ausbreiten muss, die in diesem Zusammenhang zu "Umma" umgetauft wurde („Nation“, was sie niemals war)? Oder war „die islamische Revolution“ ein Einzelereignis, das sich aus der Besonderheit der Kombination schiitischer Islam-Interpretationen und dem Ausdruck des iranischen Nationalismus ergab?

Aus dem Blickwinkel dessen, was hier von Interesse ist, werde ich nur zwei Bemerkungen machen.

Die erste ist, dass das Regime des politischen Islam im Iran nicht von Natur aus unvereinbar mit der Integration des Landes in das derzeitige globalisierte kapitalistische System ist (die Prinzipien, auf denen das Regime basiert, finden ihren Platz in einer Vision der "liberalen" Ökonomie).

Die zweite ist, dass die iranische Nation als solche eine "starke Nation" ist, d.h. ihre Hauptkomponenten, wenn nicht sogar alle –

Volksmassen und die leitenden Klassen - akzeptieren nicht die Integration ihres Landes in das globalisierte System in einer untergeordneten Stellung.

Es gibt natürlich Widersprüche zwischen diesen beiden Dimensionen der iranischen Realität, und die zweite trägt derjenigen Richtung Außenpolitik Teherans Rechnung, die von dem Willen zeugt, sich gegen ausländische Diktate zur Wehr zu setzen. Auf jeden Fall erklärt der iranische Nationalismus – ein machtvoller und meiner Meinung nach historisch gesehen durchaus positiver Nationalismus - den Erfolg der „Modernisierung“ der wissenschaftlichen, industriellen, technologischen und militärischen Fähigkeiten, die unter dem Schahregime und darauf folgend vom Chomeinismus vorangetrieben wurde. Der Iran ist einer der wenigen Staaten des Südens (mit China, Indien, Korea, Brasilien und vielleicht noch einigen anderen, aber insgesamt nicht vielen!), der ein Projekt zur Entwicklung einer „nationalen Bourgeoisie“ hat. Ob dieses Projekt auf lange Sicht realisierbar ist oder nicht (meiner Meinung nach ist es das nicht), ist hier nicht Gegenstand unserer Diskussion. Heute existiert dieses Projekt, es ist Realität.

Da der Iran stark genug ist zu versuchen, sich als respektierter Partner zu etablieren, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, das Land durch einen neuen "Präventivkrieg" zu zerstören. Der "Konflikt" dreht sich, wie wir wissen, um die nuklearen Kapazitäten, die der Iran entwickelt. Warum sollte dieses Land nicht - wie alle anderen auch - das Recht auf deren Entwicklung haben, auch das Recht, eine militärische Nuklearmacht zu werden? Mit welchem Recht maßen sich die imperialistischen Mächte und ihr Spielzeug Israel an, sich das Monopol an Massenvernichtungswaffen zu erzwingen? Kann man der Rede Glauben schenken, dass die "demokratischen" Staaten nie davon Gebrauch machen werden, so wie es die "Schurkenstaaten" machen könnten? Wenn man weiß, dass genau diese "demokratischen" Staaten für die größten Genozide der Moderne einschließlich der an den Juden verantwortlich sind, und die Vereinigten Staaten die Atomwaffe schon eingesetzt haben und sich heute weigern, das absolute und allgemeine Verbot ihrer Verwendung zu akzeptieren? Unglücklicherweise haben sich die Europäer dem Projekt Washingtons, den Iran anzugreifen angeschlossen.

Schlussfolgerung

Heute stellen die "politischen Konflikte" in der Region drei Kräfte gegeneinander:

- diejenigen, die für sich die nationalistische Vergangenheit reklamieren (in Wirklichkeit sind sie aber nur noch die entarteten und korrumpierten Erben der

Bükratien der national-populistischen Epoche),

- diejenigen, die sich zum politischen Islam bekennen,
- diejenigen, die sich emporzuarbeiten versuchen mit einem "demokratischen" Anspruch, der mit der liberalen Ökonomie vereinbar ist.

Keine dieser Kräfte ist akzeptabel für eine Linke, die sich für die Interessen der Nation und der populären Klassen einsetzt. In der Tat sind dominieren die Interessen der mit dem ausländischen Kapital verbundenen Klassen (Kompradorenklassen) in diesen drei „Familien“.

Die Diplomatie der Vereinigten Staaten hält diese drei Eisen im Feuer und treibt mit den Konflikten zwischen diesen Kräften ihr Spiel für den eigenen ausschließlichen Vorteil. Der Versuch, sich in diese Konflikte durch Allianzen mit den einen oder anderen "einzuschalten" (die Regime an der Macht bevorzugen, um den politischen Islam zu verhindern; oder im Gegenteil, sich mit diesem verbünden, um die Regimes loszuwerden), sind zum Scheitern verurteilt.

Die Linke muss ihre Positionen stärken indem sie den Kampf auf den Feldern führt, wo sie ihren eigenen Platz findet: in der Verteidigung wirtschaftlicher und sozialer Interessen der Volksmassen, in der Verteidigung der Demokratie und im Kampf für die Sicherung der nationalen Souveränität.

Alle Demokraten dieser Welt müssen diese Kräfte unterstützen und in diesem Sinne als erstes ohne irgendeine Einschränkung alle Interventionen der Vereinigten Staaten, der NATO, Israels, der gezähmten Vereinten Nationen und ihrer lokalen Verbündeten in der Region verurteilen.

Die Region des "Broader Middle East" ist heute Zentrum des Konflikts, in dem sich die führende Kraft des Imperialismus und die Völker der ganzen Welt gegenüber stehen. Das Scheitern des US-Projekts ist die Erfolgsbedingung für jedweden Fortschritt - in welcher Region der Erde auch immer. Scheitert dieses Projekt nicht, bleiben alle Fortschritte äußerst verletzlich. Dies heißt nicht, dass die Bedeutung der Kämpfe, die in anderen Regionen der Welt geführt werden - in Europa, Lateinamerika und anderswo - unterschätzt werden sollten. Dies bedeutet nur, dass sie sich in einer globalen Perspektive sehen sollten, die dazu beiträgt, Washington scheitern zu lassen in dieser Region, die es für seinen ersten kriminellen Ziel Nr. 1 ausgewählt hat.

Übersetzung: Kirsten Heining und Jürgen Janz(Coordinatrad); SiG-Red.

Französische und englische Fassung unter:
<http://www.forumtiersmonde.net/fren/activites/mettre-deroute-etats-unis-israel-allies.htm>

Elisabeth Longuenesse

Zur Bedeutung des Nahen Ostens für Attac

Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Elisabeth Longuenesse, Soziologin, ist spezialisiert auf den Mittleren Osten/ Mittelmeerraum, beim im CNRS (Centre National de la recherche scientifique, Frankreich) beschäftigt und Mitglied von Attac Frankreich, Mittelmeer-Gruppe.

Dieser Text ist der 2. Teil eines Beitrags, den E. Longuenesse auf der Sommerakademie von Attac Schweiz gehalten hat

Vom zionistischen Plan zu einer kolonialistischen, imperialistischen Unternehmung

Wie ist es zu verstehen, dass aus dem zionistischen Plan, der einem Märtyrervolk die Erlösung bringen sollte, ein Kolonialisierungsplan geworden ist, das Instrument eines viel weiter gefassten imperialistischen Herrschaftsstrebens? Man muss in der Geschichte nicht weit zurückgehen, es ist wichtig, dass man sich diese Frage stellt, denn genau dieser Befreiungsplan rechtfertigt heute, explizit oder implizit, die massive Unterstützung, die Israel im Westen genießt. Sicher darf der zionistische Plan historisch und moralisch betrachtet nicht nur auf seine koloniale Dimension reduziert werden.

Aber für die Völker im Nahen Osten jedoch war die Schaffung eines israelischen Staates das komplexe und widersprüchliche Ergebnis des schlechten Gewissens eines Europas, das unfähig war, die Juden vor den Gräueltaten der Nazis zu schützen. Später, vor dem Hintergrund des kalten Krieges und der Befreiungskämpfe, wurde Israel sehr schnell zum Vorposten der westlichen Interessen im Nahen Osten. 1967 hat Israel die letzten Gebiete des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina besetzt, das es verloren hatte, den Teil Jerusalems, der nach 1948 arabisch geblieben ist, das Westjordanland, Gaza aber auch die Golanhöhen und der Sinai. Die UNO verabschiedete zwischenzeitlich die Resolution 242, worin der Rückzug aus den besetzten Gebieten gefordert wurde. Nach dem Krieg von 1973 und dem Camp-David-Abkommen, das 1978 mit Sadat unterzeichnet wurde, gab Israel den Sinai zwar an Ägypten zurück, weigerte sich jedoch, die zahlreichen

UNO-Resolutionen anzuerkennen, welche die Besetzung und die Besiedelung der anderen Gebiete verurteilen. Die Schaffung von Siedlungen wird sogar noch forciert. Die Osloer Verträge, die 1993 kurz nach dem ersten Golfkrieg und der amerikanischen Operation Wüstensturm im den Irak, - der Antwort auf die Besetzung Kuwaits - geschlossen wurden, fügen sich in den Rahmen des Endes des Kalten Krieges und des Untergangs des Kommunismus ein. Sie hatten die Schaffung eines palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten innerhalb von 5 Jahren vorgesehen. Es sollten Verhandlungen geführt werden über die Bedingungen eines kontinuierlichen Rückzuges und insbesondere zur Jerusalemfrage und zur Flüchtlingsfrage. Die Verträge fanden im darauf folgenden Jahr in der Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit Jordanien ihre Fortsetzung. Weit davon entfernt, die Dokumente in Geist und Wort zu respektieren, hat die israelische Führung (der erste Unterzeichner Itzak Rabin, damals noch Premierminister bis zu seiner Ermordung 1995 inbegriffen) diese Verträge von Beginn an missachtet und die Besiedelung des Westjordanlandes und des Gazastreifens vorangetrieben. Sie haben nichts desto trotz auch Nutzen daraus gezogen und, wenn auch keine politischen, so doch zumindest wirtschaftliche Beziehungen mit zahlreichen arabischen Staaten hergestellt. Von 1995 an erfuhr der Wirtschaftsaustausch zwischen Israel und den Ländern der Region zum Teil über Jordanien einen sehr schnellen Aufschwung. Von 1998 an wurden zunächst in Jordanien, später auch in Ägypten so genannte „gewerbliche Sonderzonen“ – eine Art Freihandelszonen - geschaffen, die Unternehmen mit israelischer Kapitalbeteiligung

vorbehalten waren, und somit freien Zugang zum Markt der Vereinigten Staaten ermöglichten. So wurden die Oslo-Verträge durch den von ihnen ausgelösten wirtschaftlichen Aufschwung zu einer Grundlage für den freien Warenaustausch und für die Durchsetzung des neoliberalen Modells und der Finanzmärkte, sie verhinderten andererseits aber nicht die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik [siehe auch die Analyse von Marwan Bishara in seinem kleinen Buch über Palästina/Israel: der Frieden oder die Apartheid].

In dem Maße, wie man geneigt ist, festzustellen, dass es Israel (und nicht die Palästinenser) war, das die ihm durch die Osloer Verträge gebotenen Chancen nicht zu nutzen wusste, kann man also auch die tatsächliche Bedeutung und die verdeckten Möglichkeiten dieser Verträge hinterfragen.

Es ist auch nicht unerheblich, dass auf die Verträge die Gründung der WTO (1995) und die Schaffung der euro-mediterranen Partnerschaft unmittelbar zeitlich folgte und - was noch bedeutsamer erscheint, - einige Wirtschaftsgipfel unter Beteiligung Israels, der Vereinigten Staaten und der arabischen Länder durchgeführt wurden mit dem Ziel, eine neue „Friedensökonomie im Mittleren Osten“ zu etablieren (Gipfel von Casablanca 1994, Amman 1995, Kairo 1996, Doha 1997). Schließlich sollte man die Bedeutung der Waffenindustrie in Israel und deren enge Zusammenarbeit mit den USA nicht vergessen. Als in den Jahren 1990 bis 2000 die Militärhaushalte der arabischen Länder halbiert wurden, blieb der israelische unangetastet bei 10% des BIP und damit deutlich höher als der seiner Nachbarn.

In diesem Zusammenhang leidet auch die israelische Gesellschaft an den Folgen der Liberalisierungspolitik, die an den Vorrang der Kriegslogik anknüpft. Woher kommt die Unzufriedenheit, die den unerwarteten Erfolg der von einem nicht gerade übermäßig charismatischen Gewerkschafter, Amir Peretz, geführten Arbeitspartei bei den letzten israelischen Wahlen erklärt? Das Paradoxe an diesem Krieg ist, dass er von einer zivilen Regierung unter Beteiligung einer Arbeiterpartei geführt wurde, welche in ihrem gesamten Wahlkampf voll auf ein soziales Programm setzte und dass diese Regierung dennoch einen der aggressivsten Kriege geführt hat, den Israel jemals erlebt hat und der sich zum ersten Mal gegen eine Volksguerilla gerichtet hat (wir sollten nicht vergessen, dass Israel in den vorangegangenen Kriegen nationalistischen Staaten gegenüberstand.)

Will man diese Absurdität verstehen, darf man Israel nicht mehr länger als heilig ansehen, sondern als das, was es heute ist, also als einen Kolonialstaat, mit allem was dieser impliziert: die Missachtung der unterdrückten Bevölkerung und die Blindheit gegenüber dem vorhandenen Widerstandspotential. Die Kolonisierung der palästinensischen Gebiete, weit davon entfernt, sich auf eine reine ideologische oder missionierende Unternehmung zu reduzieren, ist motiviert durch starke wirtschaftliche Interessen und geht einher mit dem Machtausbau einer spekulativen Wirtschaft, die durch Interessen der Immobilienwirtschaft dominiert ist, und sich auf eine Klasse von kleinen Siedlern stützt, die sich niederlassen, um staatliche Zuwendungen zu kassieren [siehe auch den Artikel von Gadi Algazi in der Monde diplomatique vom August 2006]

Palästina, Libanon, arabische Staaten: Widerstandskämpfe, Kampf für die Demokratie und Kämpfe gegen den Imperialismus

Es ist wirklich bemerkenswert, dass unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus und der Verteidigung

der Demokratie die einzigen arabischen Länder, deren Regierungen durch demokratische Wahlen entstanden sind, heute Ziel des israelischen Zerstörungswahns sind. In Wirklichkeit gefährdet der sowohl von Israel als auch von den Vereinigten Staaten praktizierte Staatsterrorismus die Sicherheit der Welt, indem er die Aktionen terroristischer Gruppen, die außer Kontrolle geraten sind, wie z.B. Al-Qaida fördert. Im Gegensatz zu der sehr eingeschränkten Sichtweise, die oft durch die Massenmedien wiedergegeben wurde, durchzieht die arabischen Länder des Nahen Ostens heute eine immer tiefer werdende soziale Kluft. Die meisten der gegenwärtig bestehenden Regimes durchleben derzeit eine ernste Legitimationskrise, eine Vielzahl von Oppositionsbewegungen ist dabei, sich zu formieren. Die meisten sind religiös motiviert, einige davon jedoch auch globalisierungskritische Bewegungen [um nur einige zu zitieren: ATTAC Libanon, Marokko und Tunesien, AGEG-Antiglobalisation Egyptian Group, AGAS, AntiGlobalisation Activists Syris..] Diese Regimes wenden buchstäblich die ihnen von den internationalen Finanzinstituten diktierte liberale Politik an: Strukturanpassungspläne, Privatisierung des Dienstleistungssektors (insbesondere der öffentliche Dienst). Die politische Öffnung ist jedoch sehr begrenzt und der Ausnahmezustand seit Jahrzehnten ausgerufen (insbesondere in Syrien und Ägypten). Diese Regimes haben es mit oppositionellen Volksbewegungen zu tun, die zahlenmäßig immer stärker werden, insbesondere in Ägypten, während die Linksparteien durch den Druck jahrzehntlang erlittener Repressalien, aber auch durch den Untergang des Kommunismus, vollkommen marginalisiert wurden. Das einzige politische Ventil, durch das sich die Unzufriedenheit der Volksmassen heutzutage äußert, sind die islamischen Parteien. Im Libanon, wie in Palästina ist die politische Landschaft ebenso komplex und die Völker scheinen nur noch die Wahl zu haben zwischen den laizistischen aber korrupten Kräften, die weitestgehend den neoliberalen Theorien folgen (dies gilt für die Anhänger von

Hariri aber auch im weitesten Sinne für die Fatah) und den islamischen Parteien (Hamas oder Hisbollah), welche die Fackel des antiimperialistischen Kampfes und der Befreiung wieder ergriffen haben und den Ärmsten und denjenigen ihre Stimme geben, die von der wirtschaftlichen Öffnung übergangen wurden. Sie haben jedoch nicht selten kein anderes politisches Programm, als das der unmittelbaren Hilfe durch eine konservative islamische Moral. Die laizistischen demokratischen und antiimperialistischen Kräfte sehen sich mit einer unmöglichen Situation konfrontiert, sie müssen an drei Fronten kämpfen: gegen die korrupten Regimes, gegen den Imperialismus und den Neoliberalismus und gegen die die reaktionären und aufklärungsfeindlichen Kräfte. Die internationale Solidarität ist umso wichtiger, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen.

Attac und die unabdingbare Solidarität mit den Widerstandsbewegungen und den sozialen Kämpfen in den Ländern des Nahen Ostens.

Der Mittlere Osten erscheint als Epizentrum der Unterwerfung der Welt unter eine neoliberale Grundordnung, deren militärischer Flügel immer aggressiver wird und in der Israel heute ein sehr entscheidender Faktor ist. Daher sind Aufklärungsarbeit, Analyse, Entschlüsselung gegenwärtiger Ereignisse und Solidaritätsaktionen sehr wichtig für die außerordentlich schwierigen Kämpfe, die in allen Staaten dieser Region, in Israel wie in den arabischen Ländern, geführt werden. Wir dürfen nicht abstumpfen angesichts von Parolen des Antiterrorkampfes, von Argumenten, die den Islam oder die Araber stigmatisieren, im Gegenteil, wir müssen den Kampf gegen die wahren Ursachen richten, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Die Rolle von Attac ist hier von grundlegender Bedeutung; im Zusammenwirken mit den antiimperialistischen Bewegungen und den globalisierungskritischen Organisationen sowohl in Israel als auch in dessen arabischen Nachbarstaaten Nachbarstaaten.

"Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen"

Die Lage der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist verzweifelt - Ein Reisebericht

Ende Oktober 2006 besuchte Prof. Norman Paech, parteiloser Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, den Gaza-Streifen. Dort sprach er mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie mit Aktivisten aus Basisorganisationen. Der Abzug der israelischen Siedler hat sich auf die Situation der Bewohner offenbar nicht positiv ausgewirkt, musste er feststellen. Im Folgenden dokumentieren wir einen Reisebericht von Norman Paech sowie seine Pressemitteilung zur neuerlichen Eskalation der Gewalt im Gazastreifen Anfang November 2006.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Palaestina/gaza-paech.html>

Ein Leben wie im Gefängnis

Ein Ort der Zerstörung, der Gewalt und Selbstzerfleischung empfängt uns, als wir Ende Oktober Gaza besuchen und nach dem elenden Checkpoint Erez hinter der israelischen Grenze wieder ans Licht treten. Zu unserer Rechten befindet sich die »Erez Industrial Area«, ein Industriegebiet, das die israelische Armee erst vier Tage vor unserem Besuch mit Helikoptern und Bulldozern in Schutt und Asche gelegt hatte. Mit »Sicherheitsgründen« wurde die Attacke gerechtfertigt, man vermutete, dass hier Waffen und Munition hergestellt werden. Im Nachhinein stellte sich das als falsch heraus. Da, wo vor kurzem noch etwa 10 000 Palästinenserinnen und Palästinenser ihren Arbeitsplatz hatten, liegt nun nur noch ein leeres Ruinenfeld. Schon vorher hatte die Arbeitslosenquote bei etwa 40 Prozent gelegen: Hier träumt niemand mehr.

Im Gegenteil: Hätten die Bewohner von Gaza die freie Wahl, würden 60 Prozent ihre Heimat sofort verlassen – keine gute Nachricht, nachdem erst vor einem Jahr die letzten israelischen Siedler das Gebiet geräumt hatten. Welche Verheißungen, welche Illusionen verbanden sich damals mit der Entscheidung des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, den kolonialen Status von Gaza aufzuheben und den Palästinensern Autonomie, Würde und Selbstbestimmung zurückzugeben. Ökonomie, politische Institutionen, ihr Leben könnten sie fortan selbst organisieren, hieß es – aber was haben sie daraus gemacht?

75 Prozent leben unter der Armutsgrenze

Zu Zeiten der Apartheid nannte man das Schwarzen-Ghetto vor der heutigen namibischen Hauptstadt Windhoek »Katutura«, zu deutsch: »der Ort, an dem ich nicht leben will«. Gaza ist heute eine Art Katutura Jerusalems. Gut 75 Prozent seiner Bewohner leben unter der Armutsgrenze von 2,10 US-Dollars pro Tag.

Wieder drängt sich die Frage auf: Warum haben sie nach dem Abzug der Israelis nicht mehr aus ihrer neuen Freiheit gemacht? Die israelischen Siedler hatten ihnen ihre Gewächshäuser hinterlassen, allerdings ohne die nötige technische Ausrüstung. Die hatten sie mitgenommen. Die Palästinenser machten sich also daran, mit hohem finanziellem Aufwand neue Geräte zu kaufen, zu installieren und die Gewächshäuser wieder zu bewirtschaften.

Mit Jerusalem war der Export der Produkte über den einzig zur Verfügung stehenden Übergang Karni ausgemacht. Als die ersten Lastwagen mit der Ernte am 25. Dezember 2005 anrollten, wurde der Übergang »aus Sicherheitsgründen« geschlossen. 17 000 Tonnen Obst, Gemüse und Blumen verrotteten oder wurden an das Vieh verfüttert. Auch die zweite größere Einnahmequelle, der Fischfang, ist mittlerweile versiegt, weil – aus eben jenen »Sicherheitsgründen« – kein Boot mehr auslaufen darf. Und der Strom jener Arbeitskräfte, die sich allmorgendlich und abends durch die Drehtüren der Viehdrift am Erez-Checkpoint drängten, um in Israel Arbeit zu finden, ist völlig abgerissen. Für die Bewohner Gazas gibt es dort keine Arbeit mehr. Was aber kann man aus solch einer »Freiheit« machen?

Als wir am 30. Oktober abends den Gaza-Streifen wieder verlassen, hören wir über uns in der Dunkelheit die Rotoren der Helikopter. Man hatte uns prophezeit: »Wenn ihr weg seid, beginnt es wieder.«

»Es«, eine neue Militäroffensive, begann denn auch am Tag nach unserer Abreise. Nach einer Woche »Herbstwolken« waren über 50 Tote, zahllose Verletzte und schwere Zerstörungen zu beklagen. Seit dem 25. Juni, dem ersten Überfall der Operation »Sommerregen« nach der Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit, sind es nun schon über 350 Tote und über 800 schwer Verletzte.

Die Krankenhäuser sind kaum noch in der

Lage, die neuen Opfer zu versorgen. Das Personal ist ohne Bezahlung, da Jerusalem immer noch die Steuer- und Zolleinnahmen von 50 bis 60 Millionen US-Dollar monatlich einbehält. Das zerstörte Elektrizitätswerk, das zuvor fast die Hälfte des Gaza-Streifens mit Strom versorgte, ist erst zu 40 Prozent wieder aufgebaut. Nicht nur die medizinische Versorgung und die mit Wasser sind dadurch stark beeinträchtigt – mit dem Einbruch der Dämmerung versinken ganze Stadtviertel in Dunkelheit.

Waffenexperimente und neue Terrormethoden

Nachgewiesen ist, dass während der Offensive Phosphor eingesetzt wurde. Und es gibt neue, bisher nicht erklärbare Verwundungen, die offenbar aus der Verwendung noch unbekannter Munition stammen. Man vermutet die in den USA entwickelte Waffe DIME (Dense Inert Metal Explosive) mit extrem hoher Sprengkraft innerhalb eines kleinen Radius. Jeder Krieg ist ein Experimentierfeld für neue Waffen und neue Methoden. Der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats, John Dugard, hat in seinem jüngsten Report Anfang September davon berichtet, dass die israelische Armee eine neue Methode des psychologischen Terrors in Gaza anwendet. Einwohner werden vom militärischen Geheimdienst telefonisch gewarnt, dass ihr Haus innerhalb der nächsten Stunde bombardiert werde. Manchmal wird diese Drohung Realität, manchmal bleibt sie eine Drohung.

Diese Taktik verursacht unausweichlich Angst und Panik unter den Palästinensern. Sie werden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und als interne Vertriebene Zuflucht in Räumen der UN-Flüchtlingsorganisation zu suchen. Das bewahrt sie nicht vor einer anderen bekannten Methode des Terrors: Tiefflüge der F16-Jäger mit Überschallgeschwindigkeit über den Wohngebieten. Die wie Artilleriefirende wirkenden Schallwellen

haben schlimmsten Schrecken unter der Bevölkerung und vor allem unter Kindern hervorgerufen. In den Worten Dugards: »Wenn Terrorismus überhaupt einen Ausdruck hat, dann sicherlich diesen.«

Israel beklagt, dass über 300 Kassam-Raketen auf sein Territorium abgefeuert worden seien, zumeist auf die Stadt Sderot. Deren Einwohner müssten in ständiger Angst leben, und es habe Verletzte und Schäden gegeben. Auch um diese Gefahr zu beseitigen, habe man zu den jüngsten Aktionen gegriffen. Es besteht kein Zweifel, dass dies er willkürliche und beliebige Raketenbeschuss trotz weniger Todesopfer und Verletzten eklatant gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. Nach der Rechnung John Dugards fallen aber 220 bis 250 Granaten täglich auf Gaza, dazu kommen über 220 Bombardements aus der Luft sowie Luft-Boden-Raketen und eine lange Liste ernster Völkerrechtsverletzungen durch Israels Armee.

Klare Botschaft: »Reißt die Mauern ein«

Derzeit kommen 90 Prozent der Güter auf dem schwarzen Markt durch Tunnel nach

Gaza – auch Waffen. Die Blockade kann dies nicht verhindern. Genauso wenig werden Israels heftige Reaktionen den Abschuss der Kassam-Raketen stoppen können. Wen man auch spricht – Unternehmer oder Mitglieder der Fatah, Banker oder Mitglieder der Hamas, UN-Mitarbeiter, unabhängige Politikerinnen und Politiker oder Mitglieder der »Volksbefreiungsfront Palästinas« – die Botschaft ist dieselbe: »Reißt die Mauern dieses Gefängnisses ein. Wir brauchen euer Geld nicht, nicht das, was ihr humanitäre Hilfe nennt. Wir brauchen Freiheit, offene Grenzen, ungehinderten Zugang zum internationalen Markt, zu unseren eigenen Steuer- und Zolleinnahmen, und wir werden unser Leben selbst organisieren können. Hebt den Boykott und die Blockade der aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung auf und wir werden unsere Auseinandersetzungen unter uns austragen können.«

Momentan scheint diese Vision in weiter Ferne: Wie die israelische Tageszeitung »Haaretz« unlängst berichtete, bauen die USA seit einiger Zeit in Jericho ein Trainingscamp aus, wo sie Truppen für den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ausbilden und ausrüsten wollen.

Partner dafür suchen sie angeblich unter den europäischen Staaten, und es gebe auch Pläne, derartige Camps im Gaza-Streifen einzurichten. »Haaretz« interpretiert die vermeintlichen Pläne als das, was sie offensichtlich bewirken sollen: die weitere Zuspitzung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Abbas' Fatah und der Hamas, um schließlich doch noch eine Revision des Wahlergebnisses zu erreichen.

Damit aber nimmt die Politik kriminelle Züge an. Schon die Weigerung, das Ergebnis eines fairen und demokratischen Wahlprozesses anzuerkennen, war unverantwortlich. Sie bedeutet eine schwere Niederlage für die eigene Glaubwürdigkeit, das Völkerrecht und die Menschenrechte. Schlimmer: Es trägt nichts zur Lösung des alltäglichen Kriegs zwischen Israel und den Palästinensern bei, es verschärft die Gewalt und die Leiden beider Völker. Es ist höchste Zeit, dieses Gefängnis aufzulösen – im Interesse beider Gesellschaften, der palästinensischen und der israelischen.

** Dieser Bericht erschien am 11. November 2006 in der Tageszeitung "Neues Deutschland"*

Gaza-Angriffe bereiten Boden für Gewalt

Pressemitteilung, 03.11.2006 – Norman Paech

Zu den gegenwärtigen Angriffen der israelischen Armee in Gaza erklärt Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag:

Die Lage der palästinensischen Bevölkerung in Gaza ist auch ohne die permanenten militärischen Übergriffe der israelischen Armee verzweifelt. Davon konnte ich mich Anfang dieser Woche, gemeinsam mit Mitgliedern des Europaparlaments, vor Ort erneut überzeugen.

Vier Tage nach dem Besuch unserer Delegation im Gaza-Streifen wurde ein Industriegebiet in unmittelbarer Nähe des Eretz-Übergangs von israelischen Helikoptern und Bulldozern vollkommen zerstört und damit über 10.000 Palästinenserinnen und Palästinenser ihrer Arbeitsplätze beraubt. So wird der Boden für Verzweiflung, ohnmächtige Wut und Gewalt bereitet.

Der internationale Boykott der palästinensischen Regierung und die Einbehaltung der ihr zustehenden Steuer- und Zolleinkommen in Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro monatlich durch die israelische Regierung trifft vor allem die Bevölkerung. Sie ist

zunehmender Verarmung ausgesetzt. Die Arbeitslosigkeit ist bei 40 Prozent angelangt und steigt ständig. Über 60 Prozent der Palästinenser in den Autonomiegebieten leben unter der offiziellen Armutsgrenze von zweieinhalb US-Dollar pro Tag. Die öffentlichen Einrichtungen der Gesundheits- und Energieversorgung können infolge von Zerstörung und fehlender Finanzmittel kaum die notwendigsten Bedürfnisse decken.

Die jetzigen militärischen Operationen mit ihren zahlreichen Toten, Verwundeten und Zerstörungen sind durch nichts zu rechtfertigen und stellen schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Als "Antwort" auf die Kassam-Raketen, die aus dem Gaza-Streifen auf israelisches Gebiet abgefeuert werden - auch dieses ist völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen -, sind sie vollkommen ungeeignet und unverhältnismäßig.

Die israelische Regierung ist aufgefordert, ihre Truppen sofort aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen, alle militärischen Angriffe einzustellen und die totale ökonomische und politische Blockade des

Gaza-Streifens aufzuheben. Die Bundesregierung muss endlich ihre besondere Verantwortung gegenüber Israel auch als Verantwortung gegenüber den Palästinensern begreifen und die israelische Regierung von ihrem unverantwortlichen und völkerrechtswidrigen Kurs abbringen.

Quelle: Website der Fraktion DIE LINKE, www.linksfraktion.de.

Hinweis:

UN-Generalversammlung verabschiedet mit überwältigender Mehrheit eine Resolution zur Beendigung der Gewalt

(Wortlaut englisch)

"... Condemning the military assaults being carried out by Israel, the occupying Power, in the Gaza Strip" ("... Verurteilt die militärischen Angriffe der israelischen Besatzungsmacht im Gazastreifen")

<http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/un-gv-res-nov2006.html>

Ahmed Yousef *

Eine Pause für den Frieden

Waffenstillstandsangebot von Hamas, 4.11.2006

Bei uns in Gaza träumen Wenige vom Frieden. Zurzeit wagen die meisten nur von der Abwesenheit des Krieges zu träumen. Aus diesem Grund schlägt Hamas einen langfristigen Waffenstillstand vor, während dessen die Völker Israels und Palästinas versuchen können über einen dauerhaften Frieden zu verhandeln.

Ein Waffenstillstand wird im Arabischen als eine „Hudna“ bezeichnet. Eine „Hudna“, die normalerweise für einen Zeitraum von zehn Jahren gilt, wird im islamischen Recht als legitimer und bindender Vertrag anerkannt. Eine Hudna geht über das westliche Konzept eines Waffenstillstands hinaus und verpflichtet die Parteien, während dieser Zeit nach einer dauerhaften, gewaltlosen Lösung ihrer Differenzen zu suchen. Der Koran räumt solchen Bemühungen einen hohen Stellenwert ein, zu einer Verständigung zwischen verschiedenen Völkern zu kommen. Während der Krieg die Feinde entmenschlicht und das Töten erleichtert, eröffnet eine Hudna die Chance, die jeweilige Gegenseite zu humanisieren und ihre Position zu verstehen mit dem Ziel ihre ethnischen oder internationalen Streitigkeiten zu lösen.

Ein solches Konzept – eine Periode des Nicht-Krieges, und der nur partiellen Lösung eines Konflikts – ist dem Westen fremd und wurde mit großer Skepsis aufgenommen. Viele Menschen des Westens, mit denen ich spreche, können sich nicht vorstellen, wie man die Gewalt beenden kann, ohne gleichzeitig den Konflikt zu beenden.

Ich möchte indessen behaupten, dass dieses Konzept gar nicht so fremd ist wie es scheint. Schließlich hat die Irisch Republikanische Armee zugestimmt, ihren bewaffneten Kampf zur Befreiung Nordirlands aus britischer

Vorherrschaft aufzugeben, ohne die britische Souveränität anzuerkennen. Irische Republikaner streben weiterhin nach einem vereinten Irland, frei von britischer Vorherrschaft, aber dieser Kampf beruht auf friedlichen Methoden. Wäre die IRA gezwungen worden, ihre Vision einer vereinigten Irland aufzugeben, bevor es zu Verhandlungen kam, hätte sich der Frieden nie durchsetzen könne. Warum sollte man von den Palästinensern mehr verlangen, vor allem da der Geist unseres Volkes das nie zulassen würde.

Wenn Hamas sein Wort zu einer internationalen Vereinbarung gibt, geschieht das im Namen Gottes; daher hält Hamas Wort. Hamas hat die vorhergehenden Waffenstillstände eingehalten, was die Israelis nur widerwillig mit den sattsam bekannten Worten quittierten: „Hamas hält doch am allerwenigstens, was es verspricht.“

Dieses Waffenstillstandsangebot ist keine List, wie manche behaupten, um unseren Militärapparat zu stärken oder um Zeit zu gewinnen, um unsere Organisation zu verbessern oder die Gewalt über die Palästinensische Verwaltung zu konsolidieren. Tatsächlich haben glaubensgestützte politische Bewegungen in Algerien, Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Malaysia, Marokko, Türkei und Jemen hudna-ähnliche Strategien verfolgt, um eine Ausweitung von Konflikten zu vermeiden. Hamas wird sich klug und ehrenhaft ebenso verhalten.

Wir Palästinenser sind bereit zu einem Waffenstillstand, der zu einem sofortigen Ende der Okkupation führt und eine Periode der friedlichen Koexistenz einleitet, in der sich beide Seiten jeder Form militärischer Aggression oder Provokation enthalten.

Sollten die Verhandlungen zur Erzielung eines dauerhaften Abkommens scheitern, wird die nächste Generation von Palästinensern und Israelis entscheiden, ob sie die Hudna und die Suche nach einem Verhandlungsfrieden erneuert oder nicht.

Eine umfassende Lösung des Konflikts kann es weder heute, noch in einer Woche, in einem Monat oder auch nur in einem Jahr geben. Ein Konflikt, der so lange schwärte, mag allenfalls in einer Dekade friedlicher Koexistenz und Verhandlungen gelöst werden. Das ist die einzige sichtbare Alternative zur gegenwärtigen Situation. Eine hudna wird zu einem Ende der Besatzung führen und Raum und Ruhe schaffen, die nötig sind, um alle anstehenden Probleme zu lösen.

Wenige in Gaza träumen. Für die meisten war es in den vergangenen sechs Monaten sogar schwierig, überhaupt zu schlafen. Aber die Hoffnung ist nicht tot. Und wenn wir zu hoffen wagen, dann sehen wir dies: einen zehnjährigen Waffenstillstand, während dessen, Inshallah (so Gott will), wir wieder lernen vom Frieden zu träumen.

** Ahmed Yousef ist der Chefberater des Palästinensischen Premierministers Ismail Hanija*

<http://www.uni-kassel.de>

Anmerkung: Der englische Text dieser Erklärung wurde auf der Nahostkonferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 4. November in Berlin von einem Vertreter der palästinensischen Delegation verlesen. Einem offiziellen Hamas-Vertreter war die Einreise durch das deutsche Außenministerium verweigert worden.

Israelische Koalition der "Women for Peace"

Gaza : Stoppt die Belagerung! Stoppt den Krieg!

ein Protestmonat von 4.November bis 2.Dezember 2006

In Gaza ist der Notstand eingetreten – unzureichende Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Medizin, Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Schulen und andere Einrichtungen sind zusammengebrochen, dazu fortdauernde Bombardierung und Angriffe von Seiten der israelischen Armee.

Die Belagerung des Gazastreifens durch Israel und die von der internationalen Gemeinschaft verhängten Sanktionen, dazu die andauernden Angriffe der israelischen Armee haben die Lage der Bevölkerung sehr verschlimmert. Wenn die Belagerung fortgesetzt wird, werden sich Krankheiten, Unterernährung und Chaos weiter ausbreiten.

Macht mit bei unserer internationalen Kampagne

Die Gemeinschaft der Friedensorganisationen in Israel hat sich zu einer koordinierten, großen Kampagne zusammenge-

funden, um die Belagerung des Gazastreifens zu stoppen und Israel aufzurufen, mit der legitimen Vertretung der Palästinenser in Verhandlung zu treten. Israel muss die politische Wahl des palästinensischen Volks respektieren.

Stoppt die Belagerung ! Stoppt den Krieg !

Den gesamten November hindurch: Mahnwachen, Teach-Ins, Petitionen, Flublätter, Poster.

Am 2.Dezember: weltweit Demonstrationen

Bitte unterstützt uns bei diesem humanitären und politischen Unternehmen: Nützt den Monat bis zur großen Demonstration am 2.Dezember, um das Bewusstsein in Eurer Umgebung zu wecken. Schickt Briefe, Faxe und Petitionen an Eure ge-

wählten Vertreter. Haltet Mahnwachen und Teach-Ins ab.

Lasst uns von Euren Plänen wissen, damit wir uns gegenseitig bestärken und auf unseren websites informieren können.

Diese Kampagne wird von der Coalition of Women for Peace mit 9 Mitgliedsorganisationen organisiert, darunter Mahsomwatch, Bat Shalom, New Profile, weitere Organisatoren: Anarchists against the Wall, Gush Shalom, Hadash, High School Seniors draft refusers, Rabbis for Human Rights, University Student Coalition, Yesh Gvul,

Diese Katastrophe ist von Menschen gemacht, wir müssen sie beenden!

<http://www.globalresistance.de/modules.php?name=News&file=article&sid=479>

Zwei Erklärungen im deutschsprachigen Raum – und die Debatten darüber:

1. Manifest der 25"

Am 15. November 2006 veröffentlichte die "Frankfurter Rundschau" auf ihrer Dokumentationsseite das "Manifest der 25", eine ausführliche Stellungnahme renommierter deutscher und österreichischer Friedensforscher und Nahostexperten zu den "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel.

„(...) Vielleicht hilft es sich vorzustellen, wie in der gegenwärtigen Situation wohl die vielen Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler und Musiker jüdischer Herkunft von Adorno über Einstein, Freud und Marx bis zu Zweig reagiert hätten,(...). Wir sind überzeugt, dass sie den folgenden Satz unterschreiben würden: Nur Gleichheit und Respekt vor Recht und Völkerrecht können ein friedliches Zusammenleben gewährleisten und sind die einzigen Garanten für eine dauerhafte Existenz des Staates Israel und des zukünftigen Staates Palästina in Sicherheit - und für die Sicherheit von Juden und Jüdinnen bei uns und in aller Welt (...)“ Text und Debattenbeiträge unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/manifest.html>.

2. Schalom5767 (Berliner Erklärung)

„Jüdische Menschen aus Deutschland haben sich Ende September 2006, zu Beginn des neuen jüdischen Jahrs 5767, in Berlin getroffen und diese Erklärung auf den Weg gebracht. Damit das Jahr 5767 ein Jahr des Friedens wird.

„ (...) Wir fordern die deutsche Regierung auf, mit der Europäischen Union

- die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren

- kurzfristig den Boykott der Palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden

- endlich die Verwirklichung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ernsthaft anzustreben, in Gaza und dem gesamten 1967 besetzten Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems, mit voller Souveränität und freiem Verkehr. (...)“

<http://www.schalom5767.de/>

Shraga Elam lehnt die Online-Petition "Schalom 5767" ab „(...)Ein Kernproblem des Konflikts ist der israelische Rassismus und der damit verbundene Nationalismus. In Israel herrscht ein Apartheidsystem. FriedensbefürworterInnen müssen die herrschende israelische Apartheid entschieden ablehnen.

Das Konzept eines rein ethnischen Staates, in diesem Falle eines Judenstaates, widerspricht jedem Demokratie-Verständnis. Das ist ein israelisches Grundproblem, genauso wie die Besatzung, die nicht erst 1967 begann.

Um neue Friedensperspektiven zu entwickeln, braucht es ANC-ähnliche Organisationen. Deshalb ist es sinnvoll, zum Beispiel von der PLO zu fordern, dass sie ihre Reihen für jüdische Mitglieder öffnet. Das würde dem Traum von einem gemeinsamen säkularen demokratischen Staat neue Chancen geben. Die Juden/Jüdinnen und die PalästinenserInnen sind wie siamesische Zwillinge. Sie sind verdammt zusammenzuleben oder zusammen zu sterben.(...)“

<http://www.steinbergrecherche.com/frisrael.htm#Interview>